

Wir sehen es seit Tagen in den Nachrichten. Das Thema Asyl beherrscht wieder das Geschehen. Friedrich Merz, der Vorsitzende der CDU, schürt mit seinen fragwürdigen Aussagen zum Zahnersatz für Asylsuchende sozialen Neid und entwickelt gesellschaftlichen Sprengstoff. Die AfD und ein Teil der CDU – wohl wissend, dass es viele gute und engagierte Demokraten in der Partei gibt – setzen immer mehr auf eine Politik der „Wir gegen Die“, geschürt wird das Feuer dabei mit sozialen und wirtschaftlichen Abstiegsängsten. Die CDU nähert sich dem rechtsnationalen Kurs vieler anderer europäischer Parteien an, auch wenn die AfD noch immer mehr Stimmen damit gewinnt.

Gleichzeitig verlieren die alten Parteien an Zulauf und an Kraft. Dieser Verlust an Substanz, an Gemeinschaft, er ist nicht leicht zu erklären. Es ist nicht getan mit einem „die da oben“ und „wir da unten“. Es ist nicht damit erschöpft, dass wir uns falsche Feindbilder setzen, indem Herr Merz behauptet, ein Mensch, der aus Krieg und Terror nach Europa auf der Suche nach Frieden und Zukunft flieht, nach Wohlstand und Glück sucht, sei doch eigentlich nur hier, um sich die Kauleiste aufhübschen zu lassen und uns auszuplündern. Das Thema ist komplizierter als ich mit wenigen Worten ausdrücken kann. Ich will aber einen Punkt herausnehmen, der ziemlich zentral ist: Wir Demokraten in der Basis verlernen gerade, uns für eine solidarische, gerechte, offene Gesellschaft einzusetzen!

Die Gründe sind vielfältig. Wir leben in einem Wohlfahrtsstaat, lange Jahre schien das von selbst zu laufen. Unsere (Groß-)Elterngeneration war nach dem Krieg sehr aktiv und bereitete uns den Boden, das Arbeitsleben ist komplizierter geworden und Arbeitsverdichtung ist ein bedrohliches Schlagwort der Moderne, die Anforderungen scheinen immer weiter zu steigen, aber auch die Möglichkeiten zur Realitätsflucht durch dauerhafte Streamingdienste und andere Ablenkungen sind vorhanden. An manchen Stellen haben wir Einsatz durch Konsum ersetzt. Und nun sind wir in einer Situation angekommen, in der unsere (Groß-)Elterngeneration die politische Bühne verlässt, weil sie alt werden, weil wir uns um sie kümmern müssen, weil sie nicht mehr können oder weil es einfach Zeit ist, dass wir Verantwortung übernehmen.

So erleben wir täglich ein größer werdendes Ungleichgewicht. Die Menschen reden weniger miteinander, sondern beleidigen sich lieber in den sozialen Medien. Die Menschen diskutieren weniger, sondern werfen politische Schlagwörter um sich. Hass gegen Einrichtungen, gegen den Staat oder gegen Menschen ist leider auf dem Weg, wieder gesellschaftsfähig zu werden. Und wir sehen das. Wir sehen, dass die Unzufriedenen auf die Straße gehen und gegen Einwanderung brüllen, gegen Menschenrechte, aus Angst, sie würden das, was sie haben, verlieren. Angst ist unser stetiger Begleiter geworden. Und diese Angst wird einerseits geschürt, und andererseits ausgenutzt, denn die Versprechungen wirken so einfach, so leicht: Wählt uns Demokratiefeinde, und dann werden wir jene, vor denen wir euch ängstigen, nicht einlassen! Wir werden euch schützen! Wir werden euch retten!

Das ist dann der Beginn einer Eskalation, die uns an eine nicht allzu ferne Vergangenheit erinnert. Dabei braucht es, und das hat die Geschichte uns doch eindrücklich gezeigt, keine „starken Männer“, die uns führen und lenken. Die Geschichte hat gezeigt, dass

unsere Demokratie so gut funktioniert hat, weil die Basis funktionierte. Demokratie wurde in den Vereinen, in den Dörfern, in den Städten gelebt und von dort aus belebte sie die große Politik, und andersherum. Doch meine Generation und die nachfolgenden sind anders. Es gibt ganz sicher engagierte Menschen mittleren und jüngeren Alters, und doch gibt es viele, die es sehen, dass der Hass erstarkt, dass die Angst geschürt wird: und doch tun wir nichts. Und die, die immer etwas taten, können es des Alters wegen irgendwann nicht mehr.

Das hat mir die letzten Tage zu denken gegeben. Viele ehrenamtliche Stützen des gesellschaftlichen Lebens überaltern und werden teils wegbrechen. Das wird die Frage des Sozialneids noch verstärken, wenn beispielsweise die Tafeln und ähnliche Institutionen nicht mehr aufrechterhalten werden können. Aber ich will das gar nicht so sehr mit Vorwürfen bedenken. Ich will lieber die Fragen, die ich mir stellte, allen stellen.

Warum schaffen wir es nicht mehr, auf kommunaler Ebene Menschen zu bewegen? Warum sterben die politischen Ortsvereine? Warum ist es so schwer, Gemeindevertretungen und Stadtvertretungen zu füllen? Wann haben wir die breite Basis verloren?

Das sind die Fragen, die wir uns stellen müssen. Angst bewegt Menschen. Angst ist aber nicht immer ein guter Ratgeber. Die AfD will die Abstiegs- und Verlustängste der Menschen nur für sich nutzen. Ein positives Ziel für unsere Gesellschaft, eine große Vision haben sie nicht. Aber wir als SPD und auch die anderen demokratischen Parteien haben Visionen für eine gerechte Gesellschaft. Noch.

Doch dafür wird es wichtig sein, die Menschen wieder anzusprechen. Die sozialen Medien in der jetzigen Form schaffen dies nicht. Das Internet hilft nur bedingt, um Menschen zur Auseinandersetzung mit Fakten, Infos und Problemen zu bringen. Die schnelle, leicht verdauliche Information ist das Mittel der Wahl geworden. Wie sprechen wir die Menschen an? So könnte die zentrale Frage lauten. Doch ich will sie noch etwas anders stellen:

Unsere Gesellschaft baut auf der Mitwirkung aller auf. Der Staat ist ein Umverteilungsstaat, weil die Kraft der Starken die Schwachen schützen soll. Unsere Gesellschaft ist ohne ehrenamtliche Arbeit gar nicht denkbar. Aber ebenso wenig ist es eine Demokratie, in der der Wähler glaubt, dass jede Wahl ein Leistungsversprechen ist, in dem er nur eine kluge Auswahl zu treffen braucht. Demokratie ist harte Arbeit. Die Frage ist also nicht nur, wie sprechen wir Menschen an.

Die zentrale Frage bleibt doch: Wie bringen wir uns wieder dazu, dass wir alle etwas zum Erhalt dieser Demokratie, des Grundgesetzes und seinen menschen-schützenden Werten beitragen, und wieder mehr tun für eine bessere, klimaneutralere, weniger ausbeuterische und weniger rassistische Welt? Wie beleben wir die Demokratie an der Basis wieder?

Die Braunen, die sich nun einen himmelblauen Anstrich gegeben haben, sie werden mit der Angst mobilisieren. Wenn unsere Demokratie jedoch an den kommunalen Wurzeln fault, wird (Menschen-)hass, Neid und Missgunst wieder eigene Wurzeln schlagen. Damit, dass wir die Menschen wieder gesellschaftlich und demokratisch in den kleinen und mittelgroßen Orten zusammenbringen und tatsächlich miteinander um Lösungen ringen,

diskutieren und alle an einem besseren Morgen arbeiten, können wir die Demokratie schützen.

Aber ein Blick durch die Dörfer und kleinen Städte unseres schönen Bundeslandes, aber auch der ganzen Bundesrepublik, zeigt deutlich, wir haben die Antwort auf diese Frage noch nicht gefunden. Und so droht selbst über den idyllischsten Dörfern am blauen Himmel der braune Schatten der Vergangenheit.

Zeit also die Ärmel hochzukrempeln, mit den Menschen wieder vor Ort und direkt ins Gespräch zu kommen und diese für die Demokratie zu begeistern! Dafür spreche ich mich aus! Die Menschen anhören, ihre Probleme und Ängste ernst nehmen und diese dann gemeinsam mit ihnen lösen. Nicht für sie lösen. Mit ihnen lösen! Ein neues Klima der Hilfsbereitschaft und der Zugänglichkeit, der Ermunterung und des Miteinanders muss folgen. Ich wünsche mir, dass die SPD gerade in Nortorf mit gutem Vorbild voran geht, aber dass auch die anderen demokratischen Parteien ihr Scherflein beitragen.

Immer verbunden im demokratischen und innigen Wunsch, dass der braune Schatten nur eine Erinnerung an eine dunkle, gewalttätige Vergangenheit bleibt und nie wieder Wirklichkeit werde.

Und so ist zum Abschluss in Anlehnung an John F. Kennedy nur ein Appell an uns alle zu richten:

*Fragt nicht, was die Demokratie für euch tun kann – fragt, was ihr für die Demokratie tun könnt.*

*Meine Mitbürger aus der ganzen Welt: Fragt nicht, was Deutschland für euch tun wird, sondern fragt, was wir gemeinsam tun können für die Freiheit des Menschen.*

*Bernhard Evers*

Nortorf, im September 2023